

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

19.12.1930 (No. 296)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur G. Krenn, Karlsruhe

Expedition: Karlsruher Zeitung, Postfach Nr. 14, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,25 RM, einjähr. 25 RM, einsemestrl. 13,25 RM. Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigensatz: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breit. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der bei Kassenabgab gilt und bewahrt werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind bis zur Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Straße 14, zu senden und werden in Zusammenarbeit mit dem Ministerium des Innern bearbeitet. Bei Klagen über die Druck- und Konturverfälschung fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Die Felle von höherer Qualität, Stuhl-, Sperr-, Kuchensperre, Maschinenöl, Getriebeöl, etc. werden in eigenen Betrieben oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interessent keine Ansprüche, falls die Felle verpackt, in beschränkter Umlage oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unberichtigte Druckfehler und Unvollständigkeiten werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Ersatzleistung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Bezüge zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Staatsanzeiger für Beamte, Offiziell, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wirtschaftsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Neue Reichsbanknoten

Mit Bildnissen hervorragender Persönlichkeiten
W.B. Berlin, 19. Dez. (Tel.) Die Reichsbank hat einen neuen Typ von Banknoten geschaffen, als deren erster Wert, die Zwanzig-Reichsmark-Reichsbanknote, dem Verkehr übergeben wird. Die zehn-Reichsmark-Reichsbanknote folgt in wenigen Wochen. 50-, 100- und 1000-Reichsmark-Reichsbanknoten sind in Arbeit.

Dem Wunsch, in den Reichsbanknoten das Schaffen und Streben des deutschen Volkes zu veranschaulichen, wurde durch die Wahl der Bildnisse, die hervorragenden Persönlichkeiten aus Landwirtschaft, Gewerbe und Industrie, Handel und Wissenschaft und Kunst darstellen, entsprochen. Die jetzt zur Ausgabe gelangende 20-Reichsmark-Note trägt das Bildnis von Werner von Siemens, die Note zu 10 Reichsmark wird das Bildnis von Thaer zeigen. Der jeweiligen Vorderseite entspricht auch die Rückseite, deren schmückendes Motiv mit dem Bild auf der Vorderseite übereinstimmt. Bei der Herstellung der neuen Noten gelangen alle technischen Neuerungen der letzten Jahre zur Anwendung.

Mit der Anfertigung eines Reliefs für die Rückseite und dann des ganzen Entwurfs wurde der Bildhauer Professor Kanger in Düsseldorf beauftragt. Sein im Zusammenwirken mit dem Reichsbankrat und den notenrechtlichen Sachverständigen hergestellter Entwurf bildet die Grundlage für die Arbeiten der Reichsdruckerei, die bei der technischen Ausführung der Noten ganz andere Wege beschreitet. Durch die Einführung des Stahlstempelverfahrens zu dem bisher angewandten Buchdruckverfahren ist sowohl der äußere Eindruck der Note, wie auch ihre Sicherung gegen Fälschungen noch wesentlich verbessert worden. Bei dem jetzt verwendeten Papier wurde erstmals versucht, das gestochene Porträt auf den Gelbschein auch als Wasserzeichen erscheinen zu lassen. Die Versuche hatten sich auch auf die Hebung der Qualität des Papiers erstreckt. Das Ergebnis äußert sich in dem gut gelungenen Wasserzeichen und in der wesentlich erhöhten Festigkeit des Papiers, dessen Widerstandsfähigkeit das Doppelte des bisherigen beträgt.

Die Abrüstungsfrage im Auswärtigen Ausschuss

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags nahm, wie gemeldet, am Donnerstag einen ausführlichen Bericht des Grafen Bernstorff über die Genfer Abrüstungsverhandlungen entgegen. Die lebhaften Verhandlungen drehten sich auch um die Frage, ob der Ausschuss Mißtrauensanträge beschließen könne, was der Ausschuss verneinte. Auch ein Zentrumsantrag, der dem Befremden über die Genfer Verhandlungen Ausdruck gibt, und von der Regierung fordert, daß diese sich einer weiteren Verschleppung der Abrüstungsfrage entgegenstelle, fand nicht die Zustimmung des Ausschusses, ebensowenig ein nationalsozialistischer Antrag, der die Abrüstungskonferenz für das Frühjahr 1931 verlangte und für den Fall der Ablehnung des deutschen Vorschlags forderte, ab 1. Oktober 1931 mit der deutschen Wehrvermehrung zu beginnen.

Angenommen wurde eine Entschließung des Grafen Westarp (Kons.), worin die Regierung aufgefordert wird, Material über die Bedrohung der Sicherheit Deutschlands und über die Abrüstungsfrage durch ständige und planmäßige Propaganda unter Anforderung der erforderlichen Mittel im Auslande und im Inlande (im Benehmen mit dem Auswärtigen Ausschuss) zu verbreiten und den Unterrichtsverwaltungen in geeigneter Form für den Unterricht und für die Verteilung an Schüler zu überweisen. Das Material soll mit statistischen Zahlen und anschaulichen Bildern versehen sein.

Aus dem Reichsrat

Der Reichsrat hat gegen das Gesetz über den Ladenschluß am 24. Dezember Einspruch erhoben und eine Entschließung angenommen, daß die Regierung mit möglicher Beschleunigung einen Entwurf über die Arbeitsruhe am 24. Dezember vorlege.

Aus den weiteren Beschlüssen des Reichsrates ist erwähnenswert, daß der Reichsrat beschlossen hat, daß künftig die Verabschiedung aller Gesetzesentwürfe durch den Reichsrat nur für die laufende Wahlperiode des Reichstages gelten soll, so daß also die vom Reichstag nicht mehr erledigten Vorlagen vor ihrer Einbringung im neuen Reichstag noch einmal an den Reichsrat zurückgehen müßten.

Das Entschädigungsgesetz für die gewerbmäßigen Stellenvermittler wurde angenommen. Damit hört die Tätigkeit der Vermittler für künstlerisches und artistisches Personal am 1. Januar 1931 auf, die Vermittler erhalten eine Entschädigung. Den Kongreganten, für die es noch keine Entschädigung gibt, soll die weitere Vermittlung erlaubt werden. Für die Vermittler von Haus-, Gastwirtschafts- und Landwirtschaftspersonal ist eine Entschädigung nicht vorgesehen. Sie dürfen ihre Tätigkeit noch 2½ Jahre fortsetzen.

Auf eine Beschwerde der im Beirat der Reichsmonopolverwaltung vertretenen Brenner wurde der Grundpreis für das Sekolliter Weingeist von 51 auf 53 M. heraufgesetzt.

Die Waffengesetzvorlage im Reichsrat. In der dem Reichsrat zugegangenen Vorlage eines Waffengesetzes, das Strafbestimmungen für die Führung von Schuß- und Strohfeuerwaffen enthält, erfahren wir, daß es sich nicht um ein neues Gesetz handelt. Die in dem Gesetz enthaltenen Bestimmungen sind bereits in der am 25. Juli erlassenen Notverordnung enthalten. Da diese Notverordnung am 1. April nächsten Jahres abläuft, soll das Gesetz jetzt auf dem ordnungsmäßigen Wege durch die Parlamente in Kraft gesetzt werden, und ist daher als Vorlage dem Reichsrat zugegangen.

Letzte Nachrichten

Der Dank des Kanzlers und des Reichspräsidenten Keine Wirt-Krise

M. Berlin, 19. Dez. (Priv.-Tel.) In der heutigen Besprechung der Reichsminister, die voraussichtlich die letzte in diesem Jahre ist, gedachte der Reichskanzler der Dienste des verstorbenen Grafen Kauffner und sprach dann allen Ministerkollegen seinen aufrichtigen Dank für ihre Mitarbeit und Hilfe aus, die sie ihm bei der Durchführung des Sanierungsprogramms geleistet haben. Dabei hat er zugleich auch, den Dank an die Ressorts weiterzuleiten. Brüning war außerdem beauftragt, auch im Namen des Reichspräsidenten diesen Dank auszusprechen.

Damit widerlegen sich gleichzeitig die Gerüchte, die auch in der Berliner Presse heute früh ihren Niederschlag gefunden haben, wonach nämlich der Reichsinnenminister Dr. Wirth sich mit Rücktrittsabsichten trage. Es wird auch an zukünftiger Stelle versichert, daß davon keine Rede sein könne.

Die Preissenkung der Markenartikel Notfalls Aufhebung der Preisbindungen

M. Berlin, 19. Dez. (Priv.-Tel.) über die weitere Preissenkungspolitik der Reichsregierung wird in wirtschaftlichen Kreisen angenommen, daß sie sich in erster Linie auf die Markenartikel beziehen wird. Und zwar sollen diejenigen Markenartikel, die nicht seit dem August um 10 Prozent gesenkt worden sind, innerhalb der nächsten 14 Tagen eine freiwillige Senkung erfahren. Meist die aus, so dürften die bisherigen Preisbindungen von der Reichsregierung aufgehoben werden, wobei sich die Reichsregierung vermutlich auf das Gutachten des Reichswirtschaftsrats beziehen wird.

Noch eine dritte Deutsche Polennote

Die Unterdrückung der Deutschen in Pomerellen
M. Berlin, 19. Dez. (Priv.-Tel.) Der deutsche Generalkonsul in Genua Böllers, überreichte heute eine dritte Note der Reichsregierung dem Generalkonsul des Völkerbundesrates, Avenol, die sich diesmal auf die Vorgänge in Pomerellen bezieht.

An der Hand eines umfangreichen Materials wird der Nachweis geführt, daß entgegen dem Mindestschutzabkommen vom 18. Juli 1919 die polnischen Behörden die deutschen Wähler entrechtet haben. Die Ungültigkeitserklärung der deutschen Wahlliste in Graudenz hat allein dazu geführt, daß 30 000 Stimmen den Deutschen verloren gingen. Im übrigen ist anzunehmen, daß der Inhalt den aus privater Quelle bereits bekannt gewordenen Klagen über die Vorkommnisse in Pomerellen entspricht. Diese Klagen erstrecken sich auf die Verhaftung deutscher Wahlleiter, Verschlagnahme deutschen Wahlmaterials, das Verbot an die Gastwirte in Dirschau und Graudenz, ihre Räume zu Wahlversammlungen herzugeben und anderes mehr.

Um den deutschen Kupferbergbau

Annahme des Stillelegungsantrages der Mansfeld A.-G.
W.B. Halle, 19. Dez. (Tel.) Die Verhandlungen über den Stillelegungsantrag der Mansfeld A.G. fanden in Gisleben statt. Da die Frage der Unterstützung durch staatliche Subventionen bisher nicht entschieden, der Weiterbetrieb des Bergbaues und der Hüften also nicht entschieden ist, mußte gemäß den gesetzlichen Bestimmungen dem Antrage auf Stillelegung stattgegeben werden. Bis zu diesem Zeitpunkt soll alles versucht werden, um Klarheit über die Subventionsfrage zu erhalten, die allerdings endgültig erst nach Wiederauftritt des Reichstags im Februar 1931 entschieden werden kann, da für weitere Subventionierungen ein besonderes Gesetz, eine Leg Mansfeld, geschaffen werden muß. In der Verhandlung kam der feste Wille der Direktion zum Ausdruck, alle Schritte zu unternehmen, um ein gänzlichem Erliegen der Betriebe zu verhindern. Der Demobilisierungskommissar versprach jede mögliche Unterstützung zur Erreichung dieses Zieles.

Erneute Spannung an der türkisch-persischen Grenze

Unterstützung der Kurden durch Persien
W.B. London, 19. Dez. (Tel.) „Times“ meldet aus Konstantinopel: Dem amtlichen Blatt „Milliet“ zufolge, hat die persische Regierung einige der Kurdenführer, die eine wichtige Rolle bei der Revolution in Türkisch-Kurdistan im Sommer gespielt haben, freigelassen. Die Perser werden beschuldigt, mehrere Kurdenstämme wieder mit Waffen versehen zu haben. In amtlichen türkischen Kreisen werde die dadurch geschaffene Lage ernst beurteilt. Den türkischen Grenztruppen seien Anweisungen erteilt worden, allen Versuchen der Kurden, neue Unruhen hervorzurufen, in summarischer Weise zu begegnen. In den Anweisungen sei die Ermächtigung enthalten, die persische Grenze bei Verfolgung der Kurden zu überschreiten.

Wirtschaftliche Umschau

Sozialer Staat und Konjunktur — Die Reform der Arbeitslosenversicherung — Ergänzende Maßnahmen — Zudee

Die Schwere der Finanzkrise ist in erster Linie auf die Entwicklung des deutschen Staates zum Sozialstaat zurückzuführen. Während der alte Sicherheitsstaat mit ziemlich genau begrenzten Ausgaben rechnen konnte, ist der heutige Wohlfahrtsstaat in größtem Maß von der Konjunkturschwäche abhängig. Die heutige Weltwirtschaftskrise, die Deutschland besonders schwer trifft, muß die Einnahmen und Einnahmemöglichkeiten an Steuern und Abgaben aus der geschwächten Wirtschaft heraus verringern, die Ausgaben für soziale Zwecke aber erhöhen. Es bleibt gar kein anderer Ausweg, als durch umfassende Reformen diese Ausgaben einzuschränken und sie den Einnahmemöglichkeiten anzupassen. Der Staat und diejenigen, welche soziale Hilfen empfangen, müssen sich nach der Decke strecken, was übrigens logisch die Notwendigkeit einschließt, auch an anderen öffentlichen Aufwendungen und Ausgaben zu sparen, wo es nur irgend geht. Weiter ist Ordnung und Übersicht dadurch zu schaffen, daß die Finanzwirtschaft der einzelnen Zweige der öffentlichen Wirtschaft wieder sinngemäß streng getrennt wird und daß mit den trotz bisherigem prinzipiellen Festhalten eingerissenen Durchlöcherungen dieses Leitfadens Schluss gemacht wird.

Während die Krankenversicherung den Versicherungscharakter behalten hat und durch die hier durchgeführten Reformen bereits eine Senkung der Beiträge eingeleitet werden konnte, liegen die Dinge bei der Arbeitslosenversicherung viel schwieriger. Nicht einmal bei der eigentlichen Arbeitslosenversicherung gelang es, aus den eingegangenen Beiträgen die Kosten der vorgegebenen Unterstützungsdauer für 26 Wochen zu bestreiten. Sie hat schon bis Ende Oktober rund eine Milliarde Reichsmark sog. „Darlehen“ vom Reich in Anspruch genommen, auf die das Reich schließlich verzichten mußte. Zu diesen Zuschüssen kommen die Kosten der Kurfürsorge, die das Reich trägt, und der Fürsorge- und Wohlfahrtsverbände für die Gemeinden. Es kann deshalb nicht mehr von einer Versicherung, die sich ja im wesentlichen selbst zu tragen hätte, gesprochen werden. Die Notwendigkeit solcher enormer Zuschüsse gibt der ganzen Arbeitslosenhilfe den Charakter eines Fürsorgeinstituts, das, allein auf die Beiträge abgestellt, nicht arbeiten könnte.

Zunächst müßte es gelten, der eigentlichen Arbeitslosenversicherung ihren Versicherungscharakter wiederzugeben. Da die Beiträge von 6½ Proz. des Lohnes an und für sich schon in Anbetracht der wirtschaftlichen Gesamtlage und der übrigen Lasten und Steuern überhöht scheinen, sind hier nur auf der Leistungsseite Reformen möglich. Will man außerdem die Beiträge herabsetzen, so wird man die Unterstützungsdauer verkürzen müssen. Damit ist das Problem freilich nicht gelöst, denn es wird eben die Zahl der Krisenunterstützten und Wohlfahrtsarbeitslosen noch mehr ansteigen. Es bliebe nur die Erhaltung der Arbeitslosenversicherung selbst gewährleistet. Der radikalste Vorschlag geht dahin, die ganze Arbeitslosenversicherung für die Dauer der Krise überhaupt zu suspendieren und an ihre Stelle eine Fürsorge mit einheitlicher Bedürftigkeitsprüfung für alle Arbeitslosen trotz weiterer Beitragsleistung der Arbeitenden vorübergehend zu setzen (Oberbürgermeister Luppe, Nürnberg).

Sowohl durch reinliche Scheidung der eigentlichen Versicherung von der Fürsorge (wie sie ja in der Notverordnung im Dezember angebahnt ist) wie auch durch den Vorschlag Luppe ließen sich zweifellos sehr erhebliche Einsparungen erzielen, in beiden Fällen müßte freilich auch die Aufbringung der erforderlichen Mittel neu geregelt werden. In der Zwischenzeit wäre dann die eigentliche organische Reform der Arbeitslosenhilfe vorzubereiten und zunächst die dringende notwendige Neuordnung der Unterstützung der Saisonarbeitslosen zu treffen.

Dabei darf nirgends die Betrachtung des Problems auf weite Sicht außer acht gelassen werden, und die gesamte Wirtschaftspolitik hat sich dauernd dieser Forderung zu unterordnen. Die beste Hilfe für die Arbeitslosen besteht natürlich in Beschaffung von Arbeitsgelegenheit. Sie muß auf jeden Fall im weiteren Sinn produktiv sein, weil sie entsprechende Kapitalien erfordert, deren Aufbringung die bekannten Schwierigkeiten macht.

Vorschläge, die besonders an die jüngeren Erwerbslosen denken, sehen Zwecksporen durch zu leistende Arbeit und anderes vor. Den letzteren Gedanken verfolgt auch die Schaffergilde in Karlsruhe, welche die Kleinfriedelung pflegen und vor allem jüngeren, bei ihren Eltern lebenden Erwerbslosen Gelegenheit geben will, durch Stehenlassen ihres Lohnes sich allmählich zum Bau ihres Eigenheims womöglich mit eigener Wirtschaftshemstätte das erforderliche Eigenkapital anzuhäufeln. Im Hinblick darauf, daß wir noch lange Zeit, wahrscheinlich noch auf lange Jahre hinaus, auch bei wesentlicher Besserung der Konjunktur einen Überfluß an Arbeitskräften haben werden, ist die Wohnsiedelung mit Landzulagen zweifellos ein wirksames Mittel, größeren Teilen des Volks bessere Existenzgrundlagen als bisher zu schaffen. Dazu ist der Mensch mit Eigentum viel mehr an die Volksgemeinschaft gebunden, sieht alle Probleme sachlicher an und verfällt nicht so leicht dem politischen Radikalismus wie der ganz Eigentumslose, besonders wenn er sich sagen kann, daß er seinen Besitz durch eigene Arbeit erworben hat. Gemeinbau, Geflügelzucht geben dabei in der Nähe der größeren Städte Erwerbsmöglichkeiten, welche Perioden der Arbeitslosigkeit leichter überstehen lassen. Bei entsprechender Gestaltung der Fürsorgegesetze für die Arbeitslosen werden dadurch auch die öffentlichen Finanzen schließlich Entlastung finden.

Andere Vorschläge sehen die Arbeitsdienstpflicht für Jugendliche vor. Auch sie sind nachzuprüfen, soweit sie geeignet sind, durch Erschließung zusätzlicher Arbeitsmöglichkeiten den Arbeitsmarkt zu entlasten. Man denkt dabei auch an eine Arbeitsschulpflicht mit Schulen auf dem Lande, die selbst den Nahrungsbedarf der Schüler zu produzieren hätten, so daß die Jugendlichen also zum mindesten ihre Verpflegung selbst erarbeiten und evtl. auch noch, wenn ihnen entsprechender Anreiz gegeben wird, für sich sparen könnten. Die Gedanken der Arbeiterheimstätten und der Schulgüter lassen sich wohl auch verbinden, um dadurch die Vorkarriere zu einer wirklich großen Aktion der Arbeiterkleinfriedelung zu leisten.

Die Brüsseler Zuckerkonferenz ist ergebnislos auseinandergegangen, da das wichtigste Exportland für Rübenzucker, Deutschland, sich mit der geringen Exportquote nicht einverstanden erklären konnte, die man ihm zubilligen wollte. Diese hätte 200 000 Tonnen betragen, während Deutschland zur Zeit über 850 000 Tonnen Exportüberschüsse verfügt, so daß durch diese Mengen allein die Ausfuhr von mehr als 4 Jahren gedeckt wäre. Die starke Steigerung der tropischen kolonialen Rohrzuckerproduktion hat bekanntlich zu einer ungeheuren Übererzeugung in der Welt geführt, zum Schaden der rübenbauenden Landwirtschaft, der deutschen Zuckerindustrie und der gesamten deutschen, einen wichtigen Exportmarkt einbüßenden Volkswirtschaft. Es wird gar nichts anderes übrigbleiben, als Anbau und Verarbeitung weiter einzuschränken, auch wenn bei den internationalen Verhandlungen, die weiter fortgesetzt werden sollen, für Deutschland eine höhere Quote herauskommen sollte. Bei der Billigkeit der Rohrzuckererzeugung und der scharfen Konkurrenz auch der Rübenzuckerländer wird Deutschland in einem freien Weltmarkt seinen Export kaum so steigern können, wie es unter Beibehaltung der bisherigen Anbaufläche notwendig wäre. Allerdings wird auf die außerordentlich gute Rübenenernte dieses Jahres hingewiesen, welche jetzt großen Zuckerüberschuss in Deutschland verursachte, und andererseits auch auf die Notwendigkeit, die Rübenanbaufläche so zu bemessen, daß Deutschland auch in schlechten Ertragsjahren kein Importland für Zucker zu werden braucht. Die Rohrzuckerländer wollten in Brüssel den über 2 Mill. Tonnen betragenden Exportüberschuss Europas auf die Hälfte beschränken, und zwar vor allem auf Kosten Deutschlands, auf das zwei Drittel der Kürzung der Quote entfallen wären.

Der deutsche durch Verbrauchsabgabe, Zoll und Abmachungen künstlich hochgehaltene Zuckerpriß ist viel höher wie der freie Weltmarktpriß. Die Exportpreise decken nur die Verarbeitungsstellen der Rüben. Die notwendige Einschränkung der Produktion wird aber nicht schematisch geschehen dürfen, so daß die großen rübenbauenden Güter und die Bauernwirtschaften gleich behandelt werden. Es muß dabei auch der Tatsache Rechnung getragen werden, daß der Rübenbau in den Großwirtschaften immer weniger rentabel wird und zu den Bauernwirtschaften abwandert, die nicht so auf Lohnarbeiter angewiesen sind und die Rübenblätter und Rübenschnitzel für ihre Viehhaltung besser verwerten können. Auch unsere badisch-bäuerliche Landwirtschaft müßte sich gegen eine volkswirtschaftlich schädliche Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit wenden.

In einer Kundgebung gegen Polengezehr und Polengefahr des Aldentschen Verbandes, die in Berlin abgehalten wurde, wurden die Wahlvorgänge in Polen als eine Probemobilisierung der neuen Kampfgemeinschaft des „Weißen Adlers“ bezeichnet, der 500 000 sogenannte Aufständische umfasse und auf dessen Programm der bewaffnete Kampf gegen Deutschland stehe, mit dem Ziel, die polnische Grenze bis vor die Tore Berlins vorzurücken. In einer Entschließung wird verlangt, daß Deutschland aus dem Völkerbund austrete, wenn dieser die deutsche Minderheit in Polen nicht wirksam schütze, daß alle schwebenden Vertragsverhandlungen mit Polen sofort abgebrochen würden, daß das preussische Verbot nationaler Kundgebungen gegen Polen aufgehoben und zur Sicherung Schlesiens ein Grenzschutz aufgestellt werde.

Zwei Estländer, Ahto und Eronwalter, trafen in Miami (Florida) in einem Rähmeterjagelboot aus der Hauptstadt Estlands, Reval, das sie am 7. August verlassen hatten, ein.

Knapper Regierungssieg in Frankreich

Sieben Stimmen Mehrheit für Steeg

In der französischen Kammer wurde am Donnerstag eine Tagesordnung, die der Regierung Steeg das Vertrauen ausspricht, mit einer Mehrheit von 7 Stimmen angenommen.

Die Regierungserklärung besagte, die Regierung habe den festen Willen, den Fortschritt und die Verteidigung der Demokratie durch Arbeit und den Frieden zu gewährleisten. Die Erinnerung an den tragischen Weltkonflikt distanziert die Regierung gegenüber den ehemaligen Frontkämpfern und den Kriegsoffizieren, die nicht verabsäumt werden. Der außenpolitische Friede entspreche den heißen Wünschen aller Franzosen. Die Regierung werde eine Politik europäischer Aussöhnung, weil sie in ihrem menschlichen Idealismus die realistischste aller Arten von Politik sei. Die Regierungserklärung stellte weiter Maßnahmen zum Schutz der Sparer gegen Spekulationsmänner in Aussicht.

Vor der Sitzung hatten drei Unterstaatssekretäre ihre Demission gegeben.

W.B. Paris, 19. Dez. (Tel.). Zum gestrigen Sieg des Kabinetts Steeg in der Kammer schreibt der „Matin“: Die Abstimmung bedeute einen Wendepunkt in der Geschichte der gegenwärtigen Legislaturperiode. Gestern habe sich die Mitte, die zwischen den sich einst im Duell bis aufs Messer einander bekämpfenden Blöds geschwankt habe, gespalten.

„Echo de Paris“ nennt die Regierung eine Regierung des reinen Kartells der Rechten, das zwar am Leben ist, aber niemals in normalen Verhältnissen existieren könne. „La République“ schreibt: Die Gegner der Demokratie sehen ihre Macht in Trümmer liegen. Der 18. Dezember beendet eine Beiruhigung und schafft neue Hoffnung.

Die Gehaltskürzung in Italien

W.B. Rom, 19. Dez. (Tel.). Im Senat teilte Mussolini mit, daß das Defizit auf 900 Millionen geschätzt werden müsse. Andere Ersparnisse als Beamtengehälter gebe es nicht. Auch eine Einschränkung der Militärausgaben sei im gegenwärtigen Augenblick nicht möglich, wo alle Mächte stark rüsteten, wobei sie auch vom Frieden sprächen. Die Gesetzesvorlage über die Gehaltskürzungen wurde dann vom Senat angenommen.

Ein russisch-japanischer Konflikt

W.B. Tokio, 19. Dez. (Tel.). Der Minister des Äußeren hat der Sowjetregierung mitteilen lassen, daß die japanische Regierung die Schließung des Zweigengeschäftes der Koreanischen Bank in Wladiwostok als unfreundlichen und ungerechtfertigten Akt ansehe, sich aber bereit erklärt, eine Konferenz zu beschließen, die eine freundschaftliche Regelung der Angelegenheit herbeizuführen versuchen soll.

In einer Vorstandssitzung der Staatspartei

sprach am Mittwoch in Berlin der Parteiführer, Reichsfinanzminister Dietrich, über neue Wege zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die die Reichsregierung jetzt suche. Die Reparationsfrage habe sich so entwickelt, daß sie für die ganze Welt auf die Dauer nicht zu tragen sei. Der Minister teilte mit, daß Deutschland 2,1 Milliarden Gold, England 3, Frankreich 9 und die Vereinigten Staaten von Nordamerika noch weit mehr Gold besäßen. Die internationale Schuldverrechnung stelle ein wesentliches Störungsmoment in der Weltwirtschaft dar. Bei Erörterung der innenpolitischen Lage erklärte der Minister, die Partei habe die Hauptaufgabe, den Staat zu schützen und zu verteidigen. Radikale Strömungen müßten rücksichtslos bekämpft werden.

Beamtenbund und Notverordnung

Der Gesamtverband des Deutschen Beamtenbundes hat am Mittwoch in Berlin zu der durch den Erlass der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 geschaffenen Lage Stellung genommen.

Grundsätzlich wendet sich der Gesamtverband in Abereinstimmung mit der Stellungnahme des 7. Bundestages erneut gegen eine Finanzpolitik, die Finanznöte in erheblichem Maße einseitig durch Kürzung der Beamtengehälter zu beheben. Unter Berufung auf Artikel 134 der Reichsverfassung fordert der Gesamtverband eine Steuer- und Finanzpolitik, durch die alle Staatsbürger ohne Unterschied im Verhältnis ihrer Mittel zu allen öffentlichen Lasten herangezogen würden. Besonders sei zu beanstanden, daß die in der Notverordnung getroffene Regelung die durchaus gebotene Rücksichtnahme auf die geringstbesoldeten Beamtenstellen vernichten lasse. Die Preisgestaltung gerade von Gegenständen des täglichen Bedarfs habe sich zugunsten der Verbraucher nur unmerklich geändert. Die Gehaltskürzung ab 1. Februar 1931 bedeute daher eine bedeutende Verschlechterung der Lebenshaltung der Beamten.

Der Gesamtverband beauftragt den geschäftsführenden Vorstand, alles zu tun, um die Rechtslage zu klären und dem Reichstag zu veranlassen, die Gehaltskürzung durch Staffelung sozialer zu gestalten. Daneben sei der Preisbildung besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Die Besteuerung der Kraftfahrzeuge. Das Reichskabinett genehmigte am Mittwoch die feinerzweit vom Reichstag gewünschte Denkschrift über die Besteuerung der Kraftfahrzeuge. Gleichzeitig wurde beschlossen, es grundsätzlich bei der derzeitigen Regelung einzuhalten zu lassen, jedoch unter Einföhrung der in der Denkschrift vorgeschlagenen Änderungen. Ein entsprechender Gesetzentwurf wird dem Reichsrat zugehen.

Die Reichsregierung kündigt den Angestelltenentwurf. Zwischen dem Reichsfinanzministerium und den Organisationen der Reichsangeestellten fanden am Donnerstag Verhandlungen über die Kürzung der Gehälter statt, die 6 Prozent wie bei den Beamten betragen soll. Die Gewerkschaften haben diesen Gehaltsabbau abgelehnt. Das Reichsfinanzministerium hat darauf, auch im Auftrag der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft und der Reichsbank, das Gehaltsabkommen zum 31. Januar 1931 gekündigt. Preußen wird sich diesem Vorgehen anschließen.

Der Schiedsspruch im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau ist von den Arbeitgebern angenommen worden. Er sieht die Beibehaltung der bisherigen Arbeitszeit vor. Die Gewerkschaften werden voraussichtlich zu einem ablehnenden Ergebnis kommen.

Der Schiedsspruch für die hannoversche Metallindustrie, der einen 3/4prozentigen Lohnabbau vorseht, wurde von der organisierten Metallarbeiterschaft in geheimer Abstimmung fast einstimmig abgelehnt.

Die Forderung im Befinden Poincarés hält an. Mussolini über die Fennigrechnung. Vor dem italienischen Senat hob Mussolini hervor, daß in Deutschland der Wert des Fennigs genau in Rechnung gestellt werde. Das sei ein Werk moralischer Sanierung, das mit dem der wirtschaftlichen Sand in Hand gehe. Reichszugler Dr. Brüning suche mit heroischen Mitteln, die Sanierung des Staatshaushalts durchzuführen.

Aus den Ländern

Abgelehnte Mißtrauensvoten in Preußen

W.B. Berlin, 19. Dez. (Tel.). Im Preussischen Landtag wurde heute der Mißtrauensantrag der Deutschnationalen gegen Ministerpräsident Braun und Innenminister Severing mit 224 Stimmen der Regierungsparteien gegen 182 Stimmen der Opposition bei 2 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Innenminister Dr. Severing gab am Donnerstag im Preussischen Landtag im Verlauf der Staatsberatungen die Gründe an, aus denen er sich nicht an der Aussprache über den ersten gegen ihn gerichteten Mißtrauensantrag beteiligt habe. Er sei ein Anhänger des parlamentarischen Systems, und darum wende er sich gegen das Zerbröckeln des Parlamentarismus, das in der Häufung von Mißtrauensanträgen liege. Die Minister sollten es grundsätzlich ablehnen, solchen Verzerrungen des Parlamentarismus noch eine besondere Folie durch ihre rednerische Beteiligung zu geben.

Zum Mißtrauensantrag selbst, der damit begründet wird, daß Severing sich lobend über die amerikanische Fassung des Remarque-Filmes ausgesprochen habe, erklärte dieser, daß er sich über die Vorführung des Filmes „Im Westen nichts Neues“ überhaupt nicht geäußert habe. Es sei nicht wahr, daß die Vorführung des Filmes sofort die Empörung der nationalgeheimten Kreise hervorgerufen habe. Erst bei der dritten Vorführung zeigte sich diese, die aber nicht natürlich gewesen sein könne.

Minister und Landtagsdiäten. Im Württembergischen Landtag wurde am Dienstag als Ergänzung zur Herabsetzung der Landtagsdiäten ein Antrag der Christlich-Sozialen und der Volksrechtspartei angenommen, wonach Abgeordnete, die Minister sind, keine Diäten erhalten sollen. Für den Antrag stimmten die Deutschnationalen, der Bauernbund, die Sozialdemokraten und die Kommunisten. Der Beschluß mußte aber im Verlaufe der gleichen Sitzung wieder aufgehoben werden, da sich herausgestellt hat, daß er der württembergischen Verfassung widerspricht. Die Wiederaufhebung wurde mit 30 gegen 38 Stimmen beschlossen. Der Landtag vertagte sich bis Ende Januar.

Das Abstimmungsergebnis in den Berliner Großbanken ist, wie aus Berlin berichtet wird, die nahezu einstimmige Billigung der Ablehnung des Schiedsspruches durch die Organisationen der Angestellten. Auch für etwa notwendig werdende Kampfmaßnahmen habe sich, wie berichtet wird, die sächsischen gemäß vorgeschriebene Mehrheit der Belegschaften in allen Betrieben ausgesprochen. Es wird von dem Ergebnis der am heutigen Freitag stattfindenden Nachverhandlungen abhängen, inwieweit die Organisationen der Bankangestellten zu Kampfmaßnahmen schreiten.

Abg. Tunkel aus Polen abgehoben. Zu der Verhaftung des preussischen kommunistischen Landtagsabgeordneten Tunkel in Königsberg, wird mitgeteilt, daß Tunkel bereits über die Grenze nach Deutschland abgehoben worden ist.

Ergebnislose Lohnverhandlungen im sächsischen Bergbau. Die für den 17. Dezember in Widaun anberaumten Lohnverhandlungen sind ergebnislos verlaufen. Die Arbeitgeber verlangen wie im Ruhrgebiet eine Kürzung der Löhne um 12 1/2 Proz.

Badischer Teil

Badischer Landtag

7. Sitzung.

W.B. Karlsruhe, 18. Dez. 1930.

Das Uniformverbot gegen die Nationalsozialisten

In der Nachmittagsitzung begründet zunächst Abg. Dr. Mattes (D. Vp.) den Antrag seiner Fraktion auf Annahme einer Entschließung, die ein

Uniformverbot für alle Parteien und politischen Verbände für wünschenswert hält. Der Antrag entspringe einer tiefen Sorge für die Zukunft unseres Volkes. Die innere Zerrissenheit sei dessen größter Feind. Zu ihr trage gerade die militärische Organisation politischer Verbände bei. Dadurch komme das staatliche Leben auf Abwege, die Politik verlässe den Boden des geistigen Ringens. Wir sind der Auffassung, daß die uniformierten Verbände für Deutschland schädlich und unnützlich sind. Verbände, die die nationale Erinnerung pflegen, dürfen nicht parteipolitisch einseitig ergezogen werden.

Der Redner wendet sich dann der Rede des Abg. Wagner zu und sagt: Er hat der Deutschen Volkspartei die nationale Gesinnung abgesprochen. Diese ist uns so teuer wie irgend jemand. Dafür garantieren die Namen des Generals von Seekt und des Siegers von Stageratz, die sich in unseren Reihen befinden, mehr als die Ausführungen jugendlicher Wortführer (Allgemeine Zustimmung). Wir sind nicht so borniert und anmaßend, die nationale Gesinnung anderer in Zweifel zu ziehen. Wollte ich dem Abg. Wagner antworten, so müßte ich mich Ausdrücke bedienen, die parlamentarisch nicht gebrauchlich sind und erst durch die Nationalsozialisten eingeführt worden sind (Erneut allgemeine Zustimmung).

Abg. Böning (Komm.) begründet den Antrag auf Aufhebung des sog. kleinen Belagerungszustandes, der sich einseitig gegen die Kommunisten richte. Er fordert weiter, daß das Verbot des Rotfrontkämpferbundes aufgehoben werde.

Abg. Dr. Volkhard (D. Dem. P.) stellt als Berichterstatter namens des Ausschusses den Antrag, die kommunistischen Anträge abzulehnen.

In der Aussprache

nimmt als erster Parteiredner der Abg. Reinhold für die Sozialdemokraten das Wort. Er rechtfertigt das Reichsbanner mit den Verhältnissen zur Zeit seiner Gründung. Nationalsozialisten und Kommunisten gingen bewußt gegen die republikanische Staatsverfassung vor. Da dürfe man das Recht zur Selbstverteidigung den anderen, die auf dem Boden der Republik stehen, nicht abstreiten. „Auf Seiten der Nationalsozialisten“, so führt der Redner in einer scharfen Polemik aus, „siehe man eine Propaganda und wechselseitige Gesinnung, wie sie stärker nicht festgestellt werden könne.“

(Der Präsident droht den Abgeordneten der Nationalsozialistischen Fraktion mit der Anwendung des § 77 GesO., wenn sie nicht aufhören, den Redner zu hören.)

Das Demonstrationsverbot des Ministers war notwendig, um dem Terror zu begegnen. Das Reichsbanner werde in dem Moment gegenstandslos sein, wenn die verfassungsmäßigen Grundlagen des Staates nicht mehr bedroht seien.

Abg. Kühn erklärt für die Zentrumsfraktion, daß sie mit dem Vorgehen des Ministers einverstanden sei und der Regierung Vertrauen und Anerkennung ausspreche. Die Verbote können erst aufgehoben werden, wenn die politische Lage beruhigt, die Gegensätze gemildert seien. Wären alle Natio-

nationalsozialisten so maßvoll wie es Abg. von Marshall im Ausschuss war, so liege das Zentrum mit sich reden. Aber heute habe es anders geklungen. Die Nationalsozialisten betrieben eine maßlose politische Verhetzung unter der Jugend. Daß man eine Regierung des Verfassungsbrüches bezichtigt, sei ein Skandal. Der Redner findet, daß die Regierung sehr lange mit dem Verbot gewartet habe. Die deutschen Regierungen hätten gegenüber den Umsturzbewegungen zu viel Toleranz gezeigt. Der überwiegende Teil des deutschen Volkes wolle seine Ruhe haben. Die fortwährenden Schlägereien radikaler Elemente seien mit der nationalen Ehre nicht in Einklang zu bringen. Die Polizei dürfe nicht über Gebühr in Anspruch genommen und der Straßenverkehr nicht ständig gestört werden. Die Allgemeinheit hätte letzten Endes die Kosten zu tragen. Die Verbote entsprächen der Staatsflugt und Staatsautorität. Beweise, daß die Regierung einseitig und ungerecht vorgegangen sei, seien nicht beizubringen. Auch das Zentrum würde den Tag begrüßen, an dem die uniformierten Verbände verschwinden.

Abg. Dr. Schmittbrenner (D. Natl.) wendet sich mit großer Schärfe gegen verschiedene Auslassungen des sozialdemokratischen Redners. Dem nationalsozialistischen Antrag stimmten die Deutschnationalen zu. Das Uniformverbot sei ungerichtet und einseitig. Solange die Rechte und die Linke nicht die nationalen Forderungen der Rechte in ihr Programm aufnehmen, könne von einer Politik des Ausgleichs nicht die Rede sein. Die Deutschnationalen würden sich mit aller Entschiedenheit dagegen hemmen, daß das selbstaufgeblähte Ehrgefühl von der Straße verschwindet. Der völksparteiliche Antrag sei abzulehnen, da er Verbände wie den Stahlhelm treffe, die durch ihr Auftreten in Uniform niemals ordnungswidrige Zustände verursacht hätten. (Während dieser Rede herrschte im Hause zeitweise große Unruhe.)

Abg. Schmidt-Bretten (Wirtsch. u. Bauernp.) stellt sich in seinen polemischen Ausführungen gegen die Sozialdemokraten im wesentlichen auf den Boden des Redners.

Abg. Volk (Komm. P.) unterstützt die Darlegungen des Abg. Böning und kommt auf Vorwissen aus dem Reichstagswahlkampf zu sprechen, die beweisen, daß man „Terrorpolitik“ gegen die Kommunisten treibe.

Abg. Dr. Perion (Zentr.) weist Angriffe des Abg. Böning auf den Singener Bürgermeister Dr. Kaufmann zurück. (Bei Erörterung der angelegenen Vorfrage macht der kommunistische Abg. Klausmann erregte Zwischenrufe. Er wird dreimal zur Ordnung gerufen und von der Sitzung ausgeschlossen.)

Der Präsident gibt den Eingang einer förmlichen Anfrage der Abg. Bauer u. Gen. bekannt, worin gesagt wird, daß in der kürzlich erschienenen Broschüre des Ministers Dr. Kemmle „Novemberverbrecher“, Schriftstücke usw. enthalten seien, die nur aus den Dienstaten des Ministeriums stammen können. Die Regierung wird um ihre Stellungnahme gefragt.

In Fortsetzung der Aussprache führt Abg. Teusch (Ev. Volksp.) aus, durch Gewaltmaßnahmen werde man die nationale Bewegung nicht unterdrücken. Sie werde wachsen, bis sie zur Macht komme.

Abg. Dr. Wollhard (D. Dem. P.) hätte vom Redner als evangelischem Geistlichen erwartet, daß er etwas von der Achtung vor der Obrigkeit und vom Gebot der Liebe und Verleihe gesprochen hätte. Man könne dem Staat das Recht der Notwehr nicht verweigern. Es sei richtig, daß das Reichsbanner nicht Selbstzweck sei. Auch er, der Redner, wäre glücklich, wenn alle Verbände von der Bildfläche verschwinden würden.

Präsident Duffner bemerkt dem Redner, daß es bisher nicht üblich gewesen sei, den Beruf eines Abgeordneten in die Debatte zu ziehen.

Nach kurzen Bemerkungen der Abg. Maier-Heidelberg (Sozdem.) und Schmidt-Bretten (Wirtsch. u. Bauernp.) nimmt noch

Staatspräsident Wittenmann

das Wort. Er erklärt, der Geist, der aus den Reden der Verbotsgegner gesprochen hat, ist nicht so, daß es den Minister heranziehen könnte, eine andere Haltung einzunehmen. Wir haben immer noch die demokratische Republik, deren Verfassung der Minister schützen muß, und er hat auch für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Ich war nicht berechtigt, gegen andere Verbände vorzugehen, wenn kein Grund dazu vorlag. Sene haben auch ihre Versprechen gehalten, daß sie keinen uniformierten Anhänger auf die Straße schickten. Das Verbot ist keineswegs einseitig; es bestand schon vorher gegen den Volkfrontkämpferbund. Es wird sofort aufgehoben, wenn die Verhältnisse es gestatten, d. h. wenn für die Aufrechterhaltung der Ordnung alle Garantien gegeben sind. Der Minister, der mit sich spielen ließe durch Umgebungsversuche des Verbots, wie sie die Nationalsozialisten beabsichtigten, wäre nicht am Platze (Beifall bei der Mehrheit).

Literarische Neuerscheinungen

Henry Ford: Und trotzdem vorwärts! Einzige autorisierte Ausgabe. Deutsch von Curt Theising. Gebunden 6 Mk., Leinen 10 Mk. (Paul List Verlag, Leipzig.) — Das neue Werk von Henry Ford ist über alles wichtig, der Zeitpunkt von schicksalhafter Bedeutung, trifft es uns doch in einer nicht minder kritischen Situation an, als vor sieben Jahren der erste, berühmt gewordene Band „Mein Leben und Werk“. Wie damals trägt auch dies Lehrbuch seiner Erfahrungen aus jüngerer Zeit — eines gigantischen Kampfes gegen Konkurrenz und Weltdepression, Vandalismus und Vorkriegsübermacht — alle Voraussetzungen in sich, daß es eine Mission erfüllen wird. Ford kann zum ersten Male gerecht zwischen Amerika und Europa abwägen und vergleichen, da auch Amerika in einer schweren Wirtschaftskrise steht. Somit wird und muß das neue Buch mehr noch als sein früheres eine ungeahnte Wirkung auf die europäische Öffentlichkeit ausüben. Es vertritt hier die Gesetze einer kommenden Wirtschaftsordnung, die sich seiner Meinung nach nicht aufhalten lassen wird. Kein verantwortungsbehafter Unternehmer, kein durch die Not erschütterter Angestellter und Arbeiter kann an diesen Ausführungen eines Mannes vorübergehen, dessen Name zu einem Programm geworden ist.

Carl Maria von Weber. Eine Biographie von Dr. Julius Sapp, 328 Seiten mit 80 Bildern auf Kunstdruckpapier, Preis: Ganzleinen geb. 12,50 Mk. Max Hesse Verlag, Berlin-Schöneberg. — Unter den Großen deutscher Tonkunst ist heute wohl keiner zeitgemäßer als Carl Maria von Weber, dem man mit Fug und Recht den stolzen Beinamen „Der Deutsche“ verleihen hat. Knappes Buch gleicht einem spannenden Roman. Noch niemand hat so die Lebensschicksale Webers und seiner Werke nachzuziehen vermocht. Zahlreiche, zum Teil erstmalig veröffentlichte Bilder beleuchten Streben und Ringen des Menschen und Künstlers Weber. Diese jetzt notwendig gewordene Neuausgabe ist vollständig überarbeitet und durch inzwischen zutage geförderetes neues Material so erweitert, daß sie wohl auf lange Zeit hinaus als die Weber-Biographie gelten kann.

Ein neues Buch von Will Scheller. Wie uns der Heimatverlag A. Berneder, Neufungen, mitteilt, erscheint zu Weihnachten ein neues Werk unseres Mitarbeiters Will Scheller, der darin unter dem Titel „Pessifisches

An sich würde ich nie ein allgemeines Verbot des Uniformtragens begründen; doch das ist Sache des Reiches. Auch das Demonstrationsverbot muß vorerst aufrechterhalten bleiben (Erneuter Beifall).

Abg. Dr. Baumgartner (Zentr.) erklärt, daß seine Fraktion dem völksparteilichen Antrag zustimme, da er ein Ziel aufzeige. Es müsse zu gegebener Zeit ein allgemeines Reichsgesetz erlassen werden.

Damit ist die Rednerliste erschöpft. Die Berichterstatter Trinks und Dr. Wollhard verzichten auf das Schlusswort.

Abg. Wagner (Nat.-Soz.) meint als Antragsteller im Schlusswort, daß die Beweise dafür fehlten, daß die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei jemals die öffentliche Ordnung gefährdet hätte. Die Nationalsozialisten dächten nicht daran, die Dummheit zu begehen, gegen den Staat mit Gewalt vorzugehen. Die Verfassung sei auch für die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei der Weg zu Erreichung ihrer Ziele. Der Tag werde kommen, an dem das „Machtwort von Weimar“ verschwindet. (Ordnungsruuf des Präsidenten. Im Hause entsteht ungeheurer Lärm. Es kommen Rufe „Anerkennung“, „Auss“, „Was verstehen Sie von der Verfassung?“ usw. Große Glorrie des Präsidenten. Zahlreiche Abgeordnete machen Riene, den Saal zu verlassen. — Abg. Wagner zieht sich einen zweiten und dritten Ordnungsruuf zu. Der Lärm hält an, bis der Präsident dem Abg. Wagner das Wort entzieht und ihn unter lebhaftem Beifall der Mehrheit aus dem Saal verweist.)

Nach dem Schlusswort des kommunistischen Abg. Böning erklärt Abg. Maier, die Sozialdemokraten würden sich gegenüber dem völksparteilichen Antrag der Stimme enthalten.

Die Abstimmungen

Dem Antrag des Ausschusses auf Ablehnung des nationalsozialistischen Antrages (das Uniformverbot gegen die Nationalsozialisten und ebenso den sog. „Meinen Belagerungszustand“ — Verbot öffentlicher Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel — aufzuheben) wird mit großer Mehrheit (gegen Deutschnationale, Nationalsozialisten und Ev. Volkspartei bei Enthaltung der Deutschen Volkspartei und der Wirtsch. u. Bauernp.) zugestimmt.

Annahme findet ferner die völksparteiliche Entschlieung (Uniformverbot für alle Parteien und politischen Verbände) gegen Nationalsozialisten, Deutschnationale und Kommunisten bei Enthaltung der Staatspartei und der Sozialdemokratie.

Abgelehnt werden die kommunistischen Anträge (Aufhebung des Verbots des Noten Frontkämpferbundes) gegen die Antragsteller, (Aufhebung des Belagerungszustandes) gegen Kommunisten und Nationalsozialisten, bei Enthaltung der Deutschnationalen.

Gegen 9 1/2 Uhr abends vertagt sich das Haus auf Freitag vorm. 9 Uhr.

(8. Sitzung)

D. B. Karlsruhe, 19. Dez. 1930.

In der heutigen Vormittagsitzung berichtete zunächst Abg. Schill (Zentr.) namens des Haushaltsausschusses über die Mitteilung des Innenministers betr.

Bekämpfung der Kindertuberkulose

Sein Antrag geht dahin, der Landtag wolle

1. den im Staatsvoranschlag für die Jahre 1930/31, Hauptabteilung III, Ausgabenkapitel 4, Titel 16 b zur Bekämpfung der Viehseuchen vorgesehenen Betrag für überschaubar erklären;
2. diese Überschreitbarkeit befristen bis zum Ablauf des Voranschlagsjahres auf 31. März 1931;
3. die Regierung ersuchen, zu prüfen, ob durch eine nur einmalige Unternehmung der Tierbestände und durch geeignete Maßnahmen in der Handhabung des freiwilligen Tuberkulosejünglingsverfahrens die Staatskasse entlastet werden kann.

Staatspräsident und Innenminister Wittenmann

unterstreicht die Bedeutung des Tuberkulosejünglingsverfahrens nicht nur im Interesse des heimischen Viehbestandes, sondern für das gesamte Volkswohl. Die Inanspruchnahme des Verfahrens weise einen erfreulichen Zugang auf. Die Staatskasse in dieser Frage sei unbedingt geboten, um das Werk nicht zu zerlegen. Es zeigten sich allerdings auch hier die finanziellen Schwierigkeiten, so daß man unter Umständen den vom Ausschuss vorgeschlagenen Weg werde beschreiten müssen.

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Auf der Tagesordnung stehen sodann einige Interpellationen.

Abg. Dr. Schmittbrenner (D. Natl.) begründet eine förmliche Anfrage wegen

unzulässiger Beschäftigung staatlicher Beamten mit Privatbauaufträgen

Ein staatlicher Baubeamter in Konstanz soll in den letzten Jahren Bauaufträge in ganz erheblichem Umfang, und zwar ohne Genehmigung des Finanzministeriums, ausgeführt haben und für diese schwere Verletzung seiner Pflichten nur mit einem Verweis und einer lächerlich geringfügigen Geldstrafe belegt worden sein. Es wird gefragt, was die Regierung zu tun gedenke, „um dem verletzten Rechtsgefühl Genüge zu tun, die drohende Korruptionierung dieses Teils des Beamtentums für die Zukunft zu verhindern und der freien Architektenschaft sowie dem schwer ringenden Unternehmertum ihr Recht auf Arbeit und Verdienst zu sichern.“

Regierungsseitig wird darauf geantwortet, daß die gegen den betr. Beamten erhobene Beschuldigung bei weitem nicht den behaupteten Umfang erreicht. Es handle sich um die Auffertigung von Plänen für einfache Landbauten. Der dadurch erzielte Nebenverdienst betrage seit 1925 etwa 800 Mk. Im übrigen sei der beschuldigte Beamte von allen Zeugen als korrekter, anständiger und tüchtiger Mensch bezeugt worden, der sich in seiner dienstlichen Führung stets einwandfrei benommen hat. Deshalb wurde von einer schweren Bestrafung im dienstpolizeilichen Wege abgesehen, der betreffende Beamte aber darauf aufmerksam gemacht, daß er bei weiterer privater Tätigkeit Strafverfolgung, evtl. Dienstentlassung zu vergegenwärtigen habe.

Abg. Bonikel (Zentr.) ist der Meinung, daß die Anfrage des Abg. Dr. Schmittbrenner etwas tendenziös aufgefaßt sei. Er bedauert, daß man gerade einen mittleren Beamten herangezogen hat. Es gebe Hochschulprofessoren, die die private Tätigkeit zur Haupttätigkeit gemacht hätten. Und worunter der freie Wettbewerb am meisten leide, das seien die Doppelverdiener aus dem Kreise der Ruhestandsbeamten. — Die Abg. Fischer-Konstanz (Dem.) und Maier-Heidelberg (Sozdem.) befanden ihr Mißfallen, daß man diese Sache hier zur Sprache brachte.

Abg. Hermann (Wirtsch. u. Bauernp.) ist der Ansicht, daß die Maßnahmen der Regierung hinsichtlich des konstanzer Beamten genügen. Sie genügen aber nicht, um die vielen Klagen grundsätzlich abzufüllen. Es gebe weit trassiere Fälle gerade auf dem Baugelände, wo es nach dem Rechten zu sehen gelle. Auch die pensionierten Beamten sollten sich vom privaten Wettbewerb fernhalten.

Abg. Lechleiter (Komm.) kritisiert die Gehaltspolitik.

Abg. Bauer (D. Sp.) setzt sich dafür ein, daß in der heutigen schweren Zeit Doppelverdiener grundsätzlich möglichst vermieden werden sollen. Auf den Offizierspensionen sollte man nicht immer herumreiten. Es handle sich dabei um Leute, die ein Menschenalter gebient haben. Nach oben seien die Pensionen allerdings zu hoch. Die Hochschulprofessoren dürften nicht mit dem gleichen Maßstab gemessen werden wie die anderen Beamten. Sie händen in der Technik und müßten in Führung mit der Privatwirtschaft bleiben.

Abg. Köhler (Nat.-Soz.) schiebt den Sinn der förmlichen Anfrage darin, daß die Regierung in Zukunft bei Schädigungen der Privatarchitekten energischer zugreifen soll. Dahinter stellen sich auch die Nationalsozialisten.

Abg. Volkheim (D. Dem. P.) betont den grundsätzlichen Standpunkt, daß sich die Beamten von jeder Betätigung in der Privatwirtschaft fernzuhalten haben. Er verweist auf die beamtenrechtlichen Bestimmungen. Der wissenschaftlichen Gutachterstätigkeit könne man nicht entbehren. Der Redner ist gleichfalls gegen die Doppelverdiener.

Abg. Frau Richter (D. Natl.) stellt fest, daß es den Interpellanten lediglich auf die prinzipielle Seite ankomme.

Ministerialdirektor Dr. Sammet führt aus: Ich muß den Gebrauch des Wortes „Korruptionierung“ im Zusammenhang mit der 120 Köpfe zählenden Baubeamtschaft schärfstens zurückweisen. Seit 1926 sind dem Ministerium neun Beschwerdefälle bekannt geworden, von denen nur zwei begründet waren. Wir haben den Beamten sogar die Vermutung von Autos der Unternehmer verboten und sehen aufs strengste darauf, daß auch nicht der leiseste Verdacht einer Begünstigung entstehen kann.

Abg. Dr. Schmittbrenner (D. Natl.) meint im Schlusswort, die Korruptionierung würde drohen, wenn die Regierung in Zukunft so gelinde verfähre. Man habe in die Debatte alle möglichen Dinge hereingezogen, die nichts mit der Sache zu tun haben (Lebhafte Zurufe).

Darauf wird mit allen gegen 14 Stimmen (Wirtsch. und Bauernpartei, Nationalsozialisten und Deutschnationale) bei Stimmenthaltung der vier Kommunisten folgender Antrag Maier-Heidelberg (Sozdem.) angenommen:

„Der Landtag billigt die Maßnahmen der Regierung und lehnt weitere Anträge ab.“

Nach einem heftigen Zusammenstoß zwischen den Abg. Bonikel (Zentr.) und Dr. Schmittbrenner (D. Natl.) im Rahmen persönlicher Bemerkungen, wird ein Antrag des letzteren auf Wiederaufnahme der Debatte abgelehnt.

Es folgt die Begründung der förmlichen Anfrage der Nationalsozialisten über das

Richtfest beim Neubau der Heidelberger Universität

durch den Abg. Kraft. Es wird darüber Beschwerde geführt, daß das Ministerium für Kultus und Unterricht habe verhindern wollen, daß Arbeiter und Studenten gemeinsam das Richtfest der Heidelberger Neuen Universität feiern, daß man ferner der Aita die Beiträge gespart und den Arbeitern einen Betrag von 5 Mk. angeboten habe, sofern sie der gemeinschaftlichen Veranstaltung fernbleiben. Die Hintergründe des Ministers Dr. Kemmle, so heißt es in der Interpellation, seien offensichtlich politischer Natur.

Abg. Küster (Sozdem.) begründet eine förmliche Anfrage seiner Partei über

„Skandalöse Vorgänge an der Heidelberger Universität“

Die Aftawahlen in Heidelberg hätten eine Mehrheit von Nationalsozialisten und Großdeutschen gebracht. Die Klust durch die nationalsozialistische Studentenschaft werde immer größer. Die Leute vergäßen, von wem ihr Studium bezahlt wird. Dazu trügen alle Volkskreise bei, auch die notleidenden Arbeiter und Bauern. Kein anderes Land bringe so große Opfer für die Hochschulen wie Baden. Und das unter dem demokratischen System. Die Mehrheit des Aita habe eine merkwürdige Auffassung von akademischer Freiheit. Für die Vergütung der Stellen sei nicht die Fähigkeit, sondern das nationalsozialistische Parteibuch maßgebend gewesen (Widerspruch der Nationalsozialisten). Eine Besprechung des Haushaltsplanes des Aita habe man in brutaler Weise verhindert und die Gelder nach Gutdünken verteilt. Das Kleinfahrerbüchlein seien danach wichtiger als die sozialen Ausgaben, die man schenkt habe. Der Redner bittet die Regierung schließlich um Auskunft, ob und inwieweit es möglich sei, an den Millionenausgaben für die Hochschulen Einsparungen zu machen.

(Fortsetzung des Berichts in nächster Nummer)

Preisabbau in Baden

Der beim Bad. Statistischen Landesamt eingerichtete Preisprüfungsausschuss und die ihm angegliederten Unterausschüsse für Handel, Handwerk und öffentliche Betriebe haben in den letzten Tagen 5 Sitzungen abgehalten, in denen die Preisbildung der wichtigsten Bedarfsartikel eingehend besprochen wurde. Hierbei konnte mit Genugtuung festgestellt werden, daß sich die Landeszentrale des badischen Einzelhandels sowie die Handwerks- und Handelskammern in letzter Zeit bei ihren Organisationen und Mitgliedern mit Nachdruck und sichtbarem Erfolg für den Preisabbau eingesetzt haben und auch weiterhin bestrebt sind, Preisherabsetzungen, soweit etwa solche noch nicht erfolgt sind und möglich erscheinen, mit allen Mitteln durchzusetzen.

Die Brotpreise sind durchweg überall herabgesetzt; bei den Fleisch- und Wurstpreisen sind, zum mindesten in den Städten und den größeren Gemeinden, Ermäßigungen von 10 bis 20 Reichspfennig für das Pfund im Durchschnitt eingetreten. Ebenso hat der Einzelhandel bei den sonstigen Lebensmitteln, Textilwaren, Schuhwaren, Haushalts- und Küchengeräten, Porzellan usw. Preisermäßigungen gewährt.

Der neue Freiburger Rektor

Dr. Freiburg, 19. Dez. (Tel.) Das Plenum der Universität Freiburg hat Dr. Heinrich Weber, ordentl. Professor der Forstwissenschaft, zum Rektor für 1931/32 gewählt. Der künftige Rektor tritt sein neues Amt am 1. April 1931 an. Er ist 1868 in Löffelz (Hessen) geboren. 1904 wurde er außerordentlicher Professor an der Universität Gießen, wo 1910 seine Ernennung zum ordentlichen Professor erfolgte. Am 1. Oktober 1920 folgte er einem Rufe an die Universität Freiburg.

Die zollfreie Straße Weil a. Rhein-Vörrach

Die Bauarbeiten für die zollfreie Straße Weil a. Rh. - Vörrach, die wichtigste Voraussetzung für den Ausbau eines Rheinumschlagsplatzes in Weil a. Rh. stehen nunmehr vor ihrer Vollendung. Das Wasser- und Straßenbauamt Vörrach, das seit mehreren Jahren mit den Planarbeiten beschäftigt ist, wird diese sofort nach Karlsruhe an die Wasser- und Straßenbauverwaltung weiterleiten. Ein Teil der Mittel für diese Straße, die zum Wichtigsten gehört, was an der Südwesede geschehen muß, soll nach einer Mitteilung des badischen Finanzministeriums an die Handelskammer Schopfheim aus dem Beihilfefonds aufgebracht werden.

Da andere Städte aus diesem Beihilfefonds für die verschiedensten Zwecke schon bedacht wurden, so z. B. Freiburg i. Br. mit einem nennenswerten Beitrag für den Bau eines Stadions, so wäre es sehr zu begrüßen, wenn die Gebiete an der Südwesede, die bisher leer ausgingen und deren Industrie gerade durch diese zollfreie Straße eine wesentliche Hilfe in ihrem Existenzkampf erhält, möglichst bald dieser vom Reich für das Grenzland vorgesehenen Beihilfe teilhaftig werden. Nicht nur die Textilindustrie, sondern auch die Maschinen- und die chemische Industrie drängen auf eine Verbilligung der Frachten gerade für die Massengüter.

Der Novembersturm und die Holzpreise in Baden

Der gewaltige Sturm in der Nacht vom 22. auf den 23. November hat besonders in Süddeutschland und der Schweiz Verheerungen angerichtet. In Baden verteilt sich der Schaden erfreulicherweise mehr oder weniger gleichmäßig über das ganze Land. Besonders betroffen wurden einzelne Teile der Oberrheinregion, der Oberrhein, des südlichen und nördlichen Schwarzwaldes, der Umgegend von Pforzheim, Karlsruhe und Bruchsal. Ein glücklicher Umstand ist es, daß der Schaden vor dem eigentlichen Beginn der Winterfällung eingetreten ist, so

daß es möglich wird, im allgemeinen den Holzmarkt durch Umstellung der Viehabstichten auszugleichen. Die Forstverwaltungen haben Maßnahmen getroffen, um eine ungünstige Auswirkung auf den Holzmarkt zu verhindern. Der gewaltige Anfall wird an den normalen Hieben eingespart werden. Anderslautende Nachrichten müssen als unrichtig bezeichnet werden.

Die Verbilligung der Postgebühren

Wie gemeldet, trägt sich der Verwaltungsrat der Reichspost im Zusammenhang mit der Preisfestsetzung der Regierung mit dem Gedanken, die Gebühren im Post- und Telegraphenverkehr zu ermäßigen. Der Arbeitsausschuss des Reichspostministeriums hat sich am Donnerstag bereits mit einer entsprechenden Vorlage des Ministeriums über die Senkung verschiedener Gebühren beschäftigt. Er will die Beratungen heute fortsetzen. Es ist anzunehmen, daß die Vorschläge des Ministers angenommen werden, die im einzelnen mit Wirkung vom 1. März 1931 folgende Verbilligungen vorsehen:

Im Drucksachenverkehr soll die Mindestgebühr von 5 auf 4 Pf. herabgesetzt werden. Eilige Telegramme sollen nicht mehr das Dreifache, sondern nur noch das Doppelte der einfachen Kosten; außerdem wird der Mindestsatz für Brieftelegramme von 1,50 auf 1 M. ermäßigt werden. Die Grundgebühr für den Fernsprecheverkehr, die am 1. April 1931 auf 9 M. erhöht werden sollte, soll auch weiterhin 8 M. betragen. Dringende Gespräche, die bisher das Dreifache kosteten, werden auf das Doppelte herabgesetzt. Die Gebühr für Ferngespräche von 25-50 Kilometer wird statt 70 nur noch 60 Pf. kosten.

Telegraphische Postanweisungen werden von 8 auf 2,50 M. ermäßigt werden, ebenso sollen Postaufwendungen statt 3 und 6 Pf. nur noch 2 und 5 Pf. kosten. Die Zuschläge je Kilogramm für Pakete von mehr als 10 Kilogramm sollen herabgesetzt werden, und zwar in der 2. Zone von 20 auf 15, in der 3. Zone von 30 auf 20, und in der 4. Zone von 35 auf 25, in der 5. Zone von 40 auf 30 Pf.

Der hierdurch entstehende beträchtliche Einnahmefall — die Post schätzt ihn auf jährlich 40 Mill. Reichsmark — soll durch Ersparnisse ausgeglichen werden, und zwar hauptsächlich durch eine Senkung der Gehälter.

Kleine Chronik

In Koburg wurde der frühere Direktor der Vereinsbank Koburg, G. m. b. H., Arno Krauß, zu 15 Monaten Gefängnis und 2000 Reichsmark Geldstrafe, der Direktor Hans Mayer, ebenfalls von der Koburger Vereinsbank, zu 10 Monaten Gefängnis und 1000 Reichsmark Geldstrafe verurteilt. Beide Verurteilten haben durch falsche Buchungen die Bank um mehr als 180 000 Reichsmark geschädigt.

Gegen den Bürgermeister Stamer, den Stadtbaumeister Schulz und den Elektromeister Drunk in Pilsau (Ostpreußen) hat der Regierungspräsident, nachdem der Oberstaatsanwalt Anklage wegen verschiedener Amtsvergehen erhoben hatte, das Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Dienstentlassung eröffnet.

Das Befinden des Grafen Ludner, der, wie gemeldet, in Bauteagan (Illinois) dieser Tage einen Automobilunfall erlitt, hat sich gebessert. Die Wiederherstellung wird aber wohl noch drei Wochen in Anspruch nehmen.

Am Donnerstag ging über Algerien nach monatelanger Dürre ein Wirbelsturm nieder, wie man ihn seit 1893 nicht mehr erlebt hat. Sämtliche Verbindungen von der Küste zum Landesinnern sind unterbrochen. Man rechnet mit einem gewaltigen Schaden. Allein im Hafen von Algier wird der durch das Unwetter angerichtete Schaden auf 30 Millionen geschätzt.

Der Vulkan Merapi im Mittelpunkt Javas befindet sich in vollem Ausbruch. 15 Todesopfer sind bereits zu beklagen. Weiße Flächen fruchtbarer Landes sind in eine Wüste verwandelt worden.

Handel und Wirtschaft

Berliner Zevissenotierungen

	19. Dezember		18. Dezember	
	Geld	Wert	Geld	Wert
Amsterdam 100 G.	168.73	169.08	168.66	169.00
Kopenhagen 100 Kr.	112.07	112.29	111.99	112.21
Italien . . . 100 L.	21.935	21.975	21.93	21.97
London . . . 1 Pf.	20.352	20.392	20.347	20.387
New York 1 D.	4.1905	4.185	4.1880	4.1960
Paris . . . 100 Fr.	16.465	16.505	16.452	16.492
Schweiz . . . 100 Fr.	81.34	81.60	81.305	81.465
Wien 100 Schilling	59.015	59.135	58.99	59.11
Prag . . . 100 Kr.	12.435	12.455	12.429	12.449

Deutsche Bergbau AG, Heidelberg — Hydrolase AG, Heidelberg. Seit dem Übergang des Kohlehydratverfahrens an die AG. Farbenindustrie befaßt sich der Heidelberger Chemiker Dr. Bergius vornehmlich mit der Holzvergasung, das heißt mit der im Holz enthaltenen Zellulose in ein zuckerähnliches Kohlehydrat zu füttern. Tätig auf diesem Gebiet sind zwei Heidelberger Gesellschaften: die früher mit der Kohlehydrat-Chemie, deren Mehrheit seit 1929 bei Dr. Bergius und Freunden von ihm liegt, und die Holz-Hydrolase AG., deren Aktien sich in den Händen derselben Gruppe und der englischen International Sugar and Alcohol Ltd. befinden. Nach der „F. Z.“ besteht zwischen den beiden deutschen Gesellschaften eine Interessengemeinschaft dazwischen, daß die Deutsche Bergbau AG. in ihrer Fabrik in Mannheim-Neuau an der Weiterbildung der Verfahren arbeitet, während die Hydrolase AG. sich mit den holzwirtschaftlichen und Absatzfragen befaßt. Das Verfahren sei technisch einwandfrei und wirtschaftlich durchführbar.

Die englischen Farbstoffwerke. Das Unterhaus hat den Regierungsentwurf, die vom Oberhaus beschlossene Verlängerung der Farbstoffpatente um 12 Monate abzulehnen, angenommen. Die Regierung hat sich jedoch entschlossen, den Antrag des Oberhauses anzunehmen. Das Gesetz wird bis zum 15. Jan. 1932 in Kraft bleiben. Durch eine Verneuerung des Antrages des Oberhauses wären nämlich eine Reihe mit der Vorlage verbundener Gesetze gefallen, u. a. alle Mieterschutzgesetze.

Zeitschriftenschau

Atlantis — Länder, Völker, Reisen. Herausgeber Dr. Martin Hürlimann. Atlantis-Verlag G. m. b. H., Berlin. — Die Dezembernummer von Atlantis bringt einen reizend illustrierten Beitrag von Karl Gröber über alte Weltmächte aus der Skriptensammlung des Bayerischen Nationalmuseums in München. Die kleinen, kunstvollen Figuren, die in instruktiven Detailaufnahmen gezeigt werden, erzählen in ihrer vollständig realistischen Weise vom alten weltmächtigen Geiste von Süddeutschland bis nach Sizilien. Eine Bilderreihe, „Herberge und Heimat“, zu der Franz Gessel eine geistreiche Einleitung geschrieben hat, führt uns in das verborgene Berlin der Herbergen und Zufluchtsstätten, durch die die ruhelose Wandermasse der Großstadt geht. Prinz Aimon von Savoia-Aosta, Herzog von Spoleto, berichtet an Hand hochinteressanter Bilder über die von ihm geführte italienische Expedition zu den unerforschten Gletschern und Rapsen des Karakoramgebietes. Robert Jaci unterhält uns auf das angenehmste über den besonnten Winter in Madeira. Eine prächtige Bilderfolge in Tiefdruck: „Ein christliches Kaiserreich in Afrika“, zeigt die Kaiserkrönung in Abessinien und religiöse Sitten und Gebräuche aus Afum und Abis Ababa, nach Aufnahmen von Th. v. Kipke. Die von Karl Otten hinführend erzählte Biographie „Der schwarze Napoleon“ wird zu Ende geführt.

Praktisch denken - Kaffee Hag schenken

Die schöne Festtagsdose 2.50 nach Altsilberart geprägt, Inhalt 1/4 Kilo, RM 2.50 Die neue Vakuumdose 1.90 luftleer, daher stets frisch, Inhalt 1/4 Kilo, RM 1.90

Für die Grundbuchämter!

Zur Grundbuchvereinigung empfehle ich folgende, von Justizrat Schmieber in Freiburg i. Br. entworfenen Merkblätter und Vordrucke.

1. Merkblatt für Gläubiger von Aufwertungshypotheken.
2. Merkblatt „Aufwertungsgrundbuch“.
3. Antrag auf Eintragung der Aufwertung noch bestehender Papiermarkhypotheken.
4. Antrag auf Eintragung der Aufwertung gelöschter Papiermarkhypotheken.
5. Antrag an das Amtsgericht — Aufwertungsstelle auf Zahlungsfrei nach erfolgter Kündigung einer Aufwertungshypothek.
6. Benachrichtigung über Löschung von Rangbefugnissen und Widersprüchen.
7. Benachrichtigung an Gläubiger und Eigentümer über Löschung nach § 2 des Vereinigungsgesetzes.
8. Aufforderungen an die Hypothekengläubiger zur Vorlage des Briefes.
9. Kündigung von Aufwertungshypotheken für Sparläsen.
10. Allgemeine Kündigung von Aufwertungshypotheken.
11. Beschluß über Wiedereintragung gelöschter Kraft, Rückwirkung aufgewerteter Hypotheken an alter Rangstelle.
12. Beschluß über Aufwertung noch bestehender Papiermarkhypotheken.
13. Beschluß über Löschung von nicht zur Aufwertung angemeldeter Hypotheken, sowie von gegenstandslosen Rangbefugnissen und Widersprüchen.
14. Bewilligung einer Sicherungshypothek für erhöhte Aufwertung.
15. Sammelliste (Titel- und Einlagebogen) zur Vereinigung des Grundbuchs.

A. Bauscher, Buchdruckerei, Freiburg i. Br. Wenzingerstraße 42. Telefon 3891.

Wir werben für Sie!

Die freie Wählerinnung Karlsruhe beabsichtigt, für die der Innung angehörenden Betriebe ihrer Mitglieder eine Innungskrankenkasse zu errichten. Krankenkassen dürfen nur errichtet werden, wenn die Mehrheit der abstimmbaren beteiligten Arbeitgeber und die Mehrheit der abstimmbaren beteiligten Arbeitnehmer zustimmen. Die Abstimmung erfolgt getrennt nach Gruppen; sie ist geheim. Abstimmungsberechtigt ist jeder der freien Wählerinnung als Mitglied angehörende Arbeitgeber, der mindestens einen versicherungspflichtigen Arbeitnehmer beschäftigt, welcher der zu errichtenden Krankenkasse anzugehören hätte. Auf das Lebensalter des Arbeitgebers kommt es nicht an. Ferner sind abstimmungsberechtigt: Arbeitnehmer, wenn sie bei obigen Arbeitgebern beschäftigt sind, und wenn sie spätestens am Tage der Abstimmung die Volljährigkeit erreicht haben, und im Falle der Errichtung der neuen Kasse dieser angehören müßten. Die hiernach abstimmungsberechtigten Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden daher zu der am

Sonntag, den 1. Februar 1931 von 9 Uhr bis 13 Uhr in Karlsruhe, im Handwerkskammergebäude, Friedrichsplatz Nr. 4 parterre, Zimmer 1 (Prüfungssaal) stattfindenden Abstimmung eingeladen. R.170

Zum Nachweis der Abstimmungsberechtigung ist die Vorlage eines Abstimmungsausweises erforderlich. Die Abstimmungsberechtigten werden daher aufgefordert, sich für die Ausübung der Abstimmung bei der zuständigen Krankenkasse (Allgem. Ortskrankenkasse Karlsruhe-Stadt) einen Abstimmungsausweis geben zu lassen.

Aus der Zahl der Abstimmungsberechtigten sind 2 Vertreter und zwar je einer aus der Zahl der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zu ernennen. Wringen wirtschaftliche Vereinigungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer oder Verbände solcher Vereinigungen dem Versicherungsamt, spätestens 2 Wochen vor der Abstimmung, Vorschlag zu berufen. Bei der Errichtung von Innungskrankenkassen hat das Vorschlagsrecht bezgl. der Arbeitgeberbeiträge auch die beteiligte Innung. Gehen dem Versicherungsamt Vorschläge nicht, oder nicht rechtzeitig zu, beruft es die Vertreter nach freiem Ermessen. Am Abstimmungstage fehlende Ver-

treter werden von dem Abstimmungsvorsteher durch abwesende Abstimmungsberechtigte ergänzt.

Karlsruhe, den 18. Dezember 1930. O.-Z. 83

Bad. Bezirksamt — Versicherungsamt.

18 000

notleidende Mitbürger hast Du!

Hilf ihnen durch Spenden an die

Karlsruher Notgemeinschaft!

Ulmer Gänse

Ia. junge fette, bratfertig u. geschloffen, Stüd 7 2/3 bis 11 2/3 versendet (R.833)

Otto Blind, Ulm a. D. Telefon 3668

Durlach. R.171

Bereinsregister. Eingetragen am 16. Dezember 1930: Badischer Landesverein für Seidenbau, Eich Durlach, Amtsgericht.



Badisches Landestheater

Samstag, den 20. Dez. 1930

Nachmittags

Der große Christoph

Beihnachtsmärchen

von Ulrich von der Trenck

Regie: v. d. Trenck.

Mitwirkende: Verttram, Ermarth, Frauen-

borfer, Genter, Seiling, Schreiner, Gufe, Kurz, Gemmede, Graf, Herz, Höder, Just, Kubne, Wehner, Müller, Brüder, Schulze, Grimm, Luther, Ribintus, Seibert.

Anfang 15 Ende 17 I. Rang und I. Speerfisch 3 RM.

Abends: * G 11 Th.-Gem. I. S.-G.

Die Ribelungen

Ein deutsches Trauerspiel

von Hebel

Regie: Raumbach

Dritte Abteilung

Kriemhilds Rache

Mitwirkende:

Verttram, Frauendorfer,

Genter, Schreiner, Brand,

Dahlen, Gemmede, Graf,

Herz, Hiedl, Höder, Just,

O. Kienischer, Kloeble,

Kubne, Wehner, Brüder,

Schulze, v. d. Trenck, G.

Kienischer, Luther, Schmitt

Anfang 19 1/2, Ende geg. 22 1/2, Preise A (0,70-5 RM)

So. 21. 12. Nachm.: Der große Christoph. Abends:

Carmen. Am Sonntag: Meine Schwester und ich.

No. 22. 12. Die Ribelungen III. Abteilung.